

Beschlussprotokoll der 6. Mitgliederkonferenz von SP60+ vom 21. April 2018 im Hotel National in Bern

Vorsitz:	Marianne de Mestral, Carlo Lepori, Co-Präsidium SP60+	
Protokoll:	Edith Siegenthaler Co-Präsidentin SP Stadt Bern	
Beamer: Springerin:	Muriel Günther Delia Berner Praktikantinnen SP Schweiz	
Übersetzung:	Sulpice Piller	
Anwesend:	109 Mitglieder 16 Mitwirkende ohne Stimmrecht	
Dauer	10.45 – 16.15 Uhr	

1. Eröffnungsgeschäfte

Marianne de Mestral begrüsst die Anwesenden.

Krankheitshalber mussten sich Helmuth und Gret Hubacher abmelden sowie Katharina Macina vom Vorstand entschuldigen.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Martin Reichlin leitet das Stimmbüro.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Ruedi Profos (Ersatz: Willy Fischer), Fredy Zürcher (Ersatz: Stefan Enz), Bernhard Flückiger (Ersatz: Liselotte Lüscher), Margret Kiener-Nellen (Ersatz: Werner Krebs), Marcel Burlet (Ersatz: Silvan Romer), Christian Marchiando (Ersatz: Murielle Marchiando), Alfred Bloch (Ersatz: Richard Stutzmann), Jeanne Reiser (Ersatz: Lieselotte Strickler) und Suzanne Gilomen (Ersatz: Heinz Gilomen) werden einstimmig als StimmenzählerInnen gewählt.

Wahl der MandatsprüferInnen

Beschluss der Mitgliederversammlung: Inge Schädler und Delia Berner werden einstimmig gewählt.

Verabschiedung der Geschäftsordnung

Beschluss der Mitgliederversammlung: Die Geschäftsordnung wird einstimmig genehmigt.

Annahme der Traktandenliste

Vor dem Mittagessen wird ein Traktandum ergänzt, um auf das Referendum gegen die Überwachung von Versicherten hinzuweisen.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Die so ergänzte Traktandenliste wird genehmigt.

2. Protokoll der Mitgliederkonferenz 2017

Beschluss der Mitgliederversammlung: Das Protokoll der Mitgliederkonferenz vom 6. Mai 2017 wird einstimmig genehmigt und der Protokollant Alessandro Iacono verdankt.

3. Mitteilungen

Marianne de Mestral weist auf die Tischvorlagen hin:

- Resolution des Präsidiums zur Medienvielfalt
- Einladung zur Veranstaltung „Das Erbe von 1968 und die Zukunft linker Politik“ vom 18. Mai
- Hinweis auf das Landesstreikjubiläum am 10. November in Olten
- Unterschriftenbogen zum Referendum gegen das Gesetz zur Überwachung von Sozialversicherten

4. Planspiele nach No Billag

Referat von Géraldine Savary, Ständerätin, Vizepräsidentin SP Schweiz

(vgl. Powerpoint-Präsentation)

5. Rückfragen und Diskussion

In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass eine Senkung der Gebühren nicht nur die SRG an sich sondern auch die Unterstützung von Schweizer Kulturgut und die gesellschaftlichen Diskussionen gefährdet. Wichtig ist, dass die Medien als Service Public verstanden und staatlich unterstützt werden. Die SP verlangt eine nationale Presseagentur, staatliche Unterstützung für Presseerzeugnisse und eine Besteuerung der Internetgiganten.

6. Trailer zum hochaktuellen Film „Die Vierte Gewalt“ von Dieter Fahrner

7. Widerstand im Medienkapitalismus

Referat von Oswald Sigg, ehemaliger Vizebundeskanzler und Bundesratssprecher

Oswald Sigg zeichnet die historische Entwicklung der Medien seit den 1970er-Jahren nach. Nach 1989 haben die Verleger ihre politische Motivation aufgegeben und sich dem Gewinnstreben verpflichtet. Das Internet hat dazu beigetragen, dass Information so leicht zugänglich wurde, dass sie ihren Marktwert verlor. Gleichzeitig wurden im Internet grosse Profite durch Werbung erzielt. Diese Entwicklungen zerstören die Service-Public-Medien.

Das E-Voting (Abstimmen per Internet) hält Oswald Sigg wegen der Gefährdung des Stimmgeheimnis und der Fälschungsgefahr für gefährlich für die Demokratie und deren Glaubwürdigkeit.

In der Schweiz ist die direkte Demokratie heute käuflich geworden, indem grosse Kommunikationsagenturen die Durchführung von Initiativen und Referenden als All-inclusive-Package verkaufen. Gleichzeitig ist die Parteienfinanzierung nach wie vor intransparent.

Oswald Sigg engagiert sich dafür, eine Initiative zu lancieren, die eine Mikrosteuer auf Finanztransaktionen erheben und damit die Mehrwertsteuer sowie die Bundessteuer nach und nach ersetzen will.

8. Diskussion

Tischgespräche zu drei Thesen zum Widerstand im Medienkapitalismus. Die Ergebnisse der Diskussionen werden in die nächste Vorstandssitzung der SP60+ einfließen.

9. Unterstützung des Referendums gegen die Überwachung von Versicherten

Der Vorstand von SP60+ hat die Unterstützung des Referendums beschlossen. Susanne Leutenegger Oberholzer führt aus, dass das Gesetz das Recht auf Privatsphäre verletzt, indem es den Versicherungen weitgehende Möglichkeiten für die Observation gibt und alle, die Sozialversicherungen beziehen, unter Generalverdacht stellt.

Mittagspause

10. Texte zu neuen Medien

Lesung von Laura de Weck, Autorin, SchauspielerIn

11. Statutarische Geschäfte

Jahresbericht 2017

Carlo Lepori sowie Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitsgruppen stellen den Jahresbericht vor.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Der Jahresbericht 2017 wird einstimmig genehmigt.

Kenntnisnahme Rechnung 2017 und Budget 2018

Die Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von der Rechnung 2017 und vom Budget 2018.

Bericht über laufende Aktivitäten

In der nahen Zukunft wird die SP60+ an der Veranstaltung zum 50jährigen Jubiläum von 1968 mit Erfahrungsberichten präsent sein und Unterschriften gegen das Gesetz zur Überwachung von Sozialversicherten sammeln.

Mittelfristig wird die SP60+ eine Veranstaltung zur Neuauflage der AHV-Reform organisieren, welche voraussichtlich im Herbst 2018 stattfinden wird. Zudem ist der Herbstanlass in Basel zum Thema „Wohnen im Alter“ in Vorbereitung.

Längerfristig will die SP60+ die Mitgliederwerbung verstärken und die Kontakte mit den kantonalen Sektionen (u.a. Gründung SP60+ Aargau) sowie die Teilnahme an ESO (European Senior Organisation) vertiefen. Zudem ist eine Überprüfung der Organisationsstruktur vorgesehen.

12. Spannungsfelder zwischen traditionellen und neuen Medien

Gesprächsrunde mit Thomas Grünwald (SP60+), Marie-France Anex (SP60+), Hannes Rettenmund (SP Kanton Bern), Gustavo Kuhn (Le Courrier Genève) und Muriel Günther (JUSO).

Journalismus ist dann erfolgreich, wenn man gute Qualität produziert und gleichzeitig eine grosse Reichweite erzielt. Dazu müssen Informationen überprüft, von verschiedenen Seiten beleuchtet und gut erzählt werden. Die traditionellen Medien haben die Aufgabe, die Regierungen kritisch zu hinterfragen.

Die Konzentrationstendenzen sind im Mediensektor sehr stark. Das ist ein Problem für die Meinungsvielfalt, weil somit weniger AkteurInnen eine Plattform erhalten, um ihre Meinungen zu äussern. Wenn Informationen nur auf eine Weise eingeordnet werden, finden keine Debatten mehr statt, weil nur noch eine Sichtweise präsent ist. Die Gewinnorientierung und die ökonomischen Logiken wirken dabei als strukturelles Problem im Hintergrund, welches die Qualität negativ beeinflusst. Beispielsweise kann die Abhängigkeit von WerbekundInnen zu Selbstzensur führen.

Für ältere Personen ist es schwieriger an digitale Kampagnen heranzukommen, weil sie nicht auf den sozialen Medien aktiv sind. Wenn mehr ältere Menschen auf Facebook aktiv wären, würden die sozialen Medien vielfältiger. Die sozialen Medien erlauben es allen, sich öffentlich zu äussern. Gleichzeitig kann es auch passieren, dass Menschen von den sozialen Medien nur noch gleichgesinnte Meinungen präsentiert bekommen. Soziale Medien sind ein Verteilungskanal, es braucht aber weiterhin Redaktionen und JournalistInnen, die Informationen einordnen. Damit diese bezahlt werden können, braucht es eine staatliche Finanzierung der Medien.

13. Anträge / Resolutionen

Antrag von Bruno Facci: Die Geschäftsleitung der SP Schweiz soll eine Arbeitsgruppe einsetzen, die sich mit der Bürokratisierung im Gesundheitswesen beschäftigt.

Das Co-Präsidium empfiehlt eine modifizierte Annahme des Antrags als Input für die Diskussion in der Arbeitsgruppe Gesundheit.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Der Antrag von Bruno Facci wird im Sinne des Präsidiums modifiziert angenommen.

Resolution der AG Wohnen: Engagement der SP60+ für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden.

Das Co-Präsidium empfiehlt die Resolution zur Annahme.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Die Resolution der AG Wohnen wird einstimmig angenommen.

Resolution zu Medienvielfalt des Präsidiums der SP60+: Die Medien sollen als Service public für alle gestärkt werden.

Beschluss der Mitgliederversammlung: Die Resolution zu Medienvielfalt wird bei zwei Gegenstimmen angenommen.

Votum Charlotte Robert: Der Begriff Menschenrechte wird in Frankreich mit Droits de l'Homme übersetzt. Dieser Begriff schliesst Frauen aus. Charlotte Robert fordert, dass die SP60+ den Begriff Menschenrechte mit Droits humains übersetzt, was das Präsidium gerne aufnimmt.

14. Abschluss und Apéro

Marianne de Mestral dankt den Teilnehmenden und allen an der Organisation Beteiligten.